

**Verein der Diplombibliothekare
an Wissenschaftlichen Bibliotheken e.V.**

Universitätsbibliothek, Postfach 102148
463 Bochum-Querenburg
Postscheckkonto Hamburg 29486 - 208

**Verein
Deutscher Bibliothekare e. V.**

Straße des 17. Juni 135
1 Berlin 12
Postscheckkonto München 3764 - 804

R 26-11

RUNDSCHREIBEN 1977/3

Inhalt: VDB-Vereinsausschußsitzung S. 1-2. Gemeinsame Sitzung VDB/VdDB S. 2. Neuer Vorstand des VDB S. 2. Landesverbände des VDB S. 3. VdDB-Mitgliederversammlung (Protokoll) S. 3-5. Zuordnung der Ämter des höheren Bibliotheksdienstes (Entwurf) S. 5-6. Keine Rückzahlungspflicht für Ausbildungskosten S. 6. Deutsche Bibliothekare in Großbritannien S. 6-7. Verschiedenes (Fortbildungsveranstaltung in Pittsburgh, Bibliographieprojekt des CBI) S. 7. Personalnachrichten S. 7-9

Aus den Sitzungen des Vereinsausschusses des VDB am 31. 5. u. 3. 6. 77 in Bremen

Beitrag

Der Beitrag für arbeitslose Bibliothekare ist auf den Beitrag für Referendare ermäßigt worden.

Bibliothekartag Bremen 1977

Der Vorsitzende spricht Herrn Kluth und den Kollegen des Ortskomitees, insbesondere den Damen Brandt, Dickmann, Kampers, Rottsahl und den Herren Babendreier und Krüger den Dank des Vereinsausschusses aus. Es war bei etwa 1 200 Anmeldungen mit über 1 300 Teilnehmern zu rechnen.

Mitgliederversammlung

Der Vorsitzende referierte über den Rechenschaftsbericht, den er der Mitgliederversammlung vorlegen wollte. Zu folgenden Punkten ergaben sich Diskussionen:

1. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes kommt jetzt nicht zustande.
2. Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften.

Nach § 9 Abs. 6 der Satzung des VDB ist den Vereinsmitgliedern zur Wahrung ihrer besonderen beruflichen und fachlichen Interessen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften freigestellt. Diese stehen zum Verein in keiner rechtlichen Beziehung. Es ist also möglich, daß sich eine Arbeitsgemeinschaft des VDB für die Geschichte der Bibliotheken konstituiert. Dem DBV soll empfohlen werden, eine Kommission für Sachkatalogisierung einzurichten.

3. Resolution gegen die §§ 88a und 130a des Strafgesetzbuches.

Von den Bibliothekaren in Bremen sollte eine Resolution gegen die §§ 88a und 130a StGB der Mitgliederversammlung vorgelegt werden. Nach längerer Diskussion kam aber der Vereins-

ausschuß zu dem Ergebnis, den Sachverhalt durch die Rechtskommission prüfen zu lassen. Die Mitglieder des VDB werden aufgefordert, Vorfälle in Bibliotheken, die eine Einschränkung der Meinungsfreiheit bewirken könnten, dem Vereinsvorstand zu melden, damit er im Falle einer Protestresolution Material begeben kann.

4. Rundschreiben und Bibliotheksdienst.

Der Vorschlag, den Bibliotheksdienst den Mitgliedern als Mitteilungsblatt für aktuelle Vereinsnachrichten anstelle des Rundschreibens zu empfehlen, konnte wegen der Höhe der Kosten nicht realisiert werden.

Kassenangelegenheiten

Der Kassenbericht lag dem Vereinsausschuß vor. Dazu ergaben sich keine Diskussionspunkte. Es wurde vorgeschlagen, den Tagungsbeitrag zum Bibliothekartag in Zukunft zu erhöhen, da die Kosten dieser Fortbildungsveranstaltung gestiegen sind und die beiden Vereine nicht die Rücklagen haben, diese Erhöhung aus ihrem Vereinsvermögen abzufangen.

Sonderheft ZfBB

Der Verlag Klostermann hat sich bereiterklärt, die Sonderhefte der ZfBB den Vereinsmitgliedern zu einem verbilligten Abonnementpreis anzubieten. Die Herausgabe des Sonderheftes über den Bibliothekartag in Bremen übernehmen die Herren Sontag und Havekost und Frau Habermann. Die Autoren sollen gebeten werden, ihre Beiträge innerhalb eines Vierteljahres an Herrn Sontag zu senden. Die Begrüßungsansprachen von Senator Franke und Universitätsrektor Wittkowsky sollen in das Sonderheft mit aufgenommen werden.

Bibliothekskongreß Stuttgart 1978

Die nächste DBK-Sitzung findet am 14. Juni 1977 statt, bei der der Bibliothekskongreß auf der Tagesordnung steht.

Referendare

Es wurde über eine Zusammenkunft mit den Referendaren aus Köln und Frankfurt berichtet, die eine Resolution über ihre Berufssituation verfaßt hatten. Es herrschte dort eine große Resignation über die Berufschancen ausgebildeter Assessoren, die aus dem Ausbildungsverhältnis nach bestandener Prüfung entlassen werden. Haben sie keine Stelle, sind sie auf Sozialhilfe angewiesen, da sie kein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Die Resolution wird in der vorliegenden Form zwar nicht aufrechterhalten; sie hatte auch mehr den Sinn, den VDB auf die Situation aufmerksam zu machen.

Die Referendare erwarten aber, daß die DBK oder der VDB als Berufsverband auf diese Situation in der Öffentlichkeit hinweist, wie es z. B. auch der Philologenverband tut.

Sie fordern, eine Clearingstelle für Berufsvermittlung zu schaffen. Dies wäre Aufgabe der Geschäftsstelle. Da sie aber alle zwei Jahre wechselt, ist eine Verankerung dort unpraktisch.

Herr Kaegbein hatte sich dankenswerterweise bereit erklärt, diese Clearingstelle als Beauftragter des VDB am BLI in Köln zu schaffen. Die Namen der Referendare, die im 1. und 2. Jahr ausgebildet werden, und wenn möglich auch die Namen der Arbeitslosen aus früheren Jahren sollten zentral gemeldet werden. Die Meldungen der Namen sollte durch die Ausbildungsstätten an diese Clearingstelle erfolgen.

Der Vorsitzende wird aufgefordert, offiziell an die Lehrinstitute zu schreiben, sie auf die Situation aufmerksam zu machen und sie bitten, diese Clearingstelle mit aufzubauen zu helfen.

Der Vereinsausschuß sollte in den Fachpublikationen Bibliotheksdienst, ZfBB, DWF auf diese Clearingstelle hinweisen. Es können sich dann auch diejenigen Stellungssuchenden dort melden, deren Namen noch nicht erfaßt sind.

Der Vorsitzende wird gebeten, an die Direktoren zu schreiben und sie aufzufordern, frei werdende Stellen der Clearingstelle bekannt zu geben sowie alle zu besetzenden Stellen überregional auszuschreiben.

Der Vereinsausschuß wird weiterhin aufgefordert, Möglichkeiten ausfindig zu machen, Bibliothekare auch in Firmen, Behörden und Dokumentationsstellen als Informationswissenschaftler unterzubringen. Es sollte dies u. a. über eine Anzeigenaktion, z. B. in der ZEIT, versucht werden. Das Geld für diese Anzeigen sollte vom VDB aufgebracht werden.

Es wurde gebeten, daß Gespräche zwischen Vertretern des Vereinsausschusses gemeinsam mit den Ausbildungsleitern der Bibliothekar-Lehrinstitute regelmäßig auf das Programm der Bibliothekartage gesetzt werden.

Untereinander haben die Referendare beschlossen, daß sie sich die Adressen der in diesem Jahr in der Ausbildung stehenden Referendare von den anderen Lehrinstituten besorgen, um die Clearingstelle möglichst schnell aufzubauen.

Besoldungs- und Tarifkommission

Der Vereinsausschuß beschloß die Besoldungskommission auf deren Wunsch in Besoldungs- und Tarifkommission umzubenennen.

Gemeinsame Sitzung des VDB-Vereinsausschusses und von Vorstand/Beirat des VdDB am 31. 5. 1977

Honorarfrage

Es wurden Anregungen an die Kassenwarte gegeben, wie die Honorarfrage der Vortragenden am besten zu lösen sei; für diesen Bibliothekartag erfolgte der Vorschlag, den Vortragenden das Reisegeld, eine Übernachtung und ein Tagegeld zu geben.

Tagungsbeitrag

In Zukunft sollen Nichtmitglieder den doppelten Beitrag zahlen wie Mitglieder. Konsequenz daraus sind Einlaßkontrollen, die mit Hilfe von Namensschildern und Tagungskarten durchgeführt werden sollen. Dies wäre erstmals beim Bibliothekartag 1979 in Berlin anzuwenden.

Rechtzeitige Anmeldung

In den Mitgliederversammlungen sollte noch einmal darauf hingewiesen werden, daß sich die Teilnehmer rechtzeitig anmelden, weil dadurch die Planung, z. B. die Raumverteilung, vereinfacht würde.

Umwandlung von Stellen

Das Thema „Umwandlung von Stellen des gehobenen Dienstes in Stellen des mittleren Dienstes“ soll an die Besoldungs- und Tarifkommissionen weitergegeben werden. Diese Gefahr besteht besonders in Institutsbibliotheken, bei denen die Tätigkeitsmerkmale oft nicht mit denen von BAT-Gruppe Vb übereinstimmen.

Neuer Vorstand des VDB

Auf der Mitgliederversammlung in Bremen wurde folgender neuer Vorstand gewählt:

Vorsitzender: Prof. J. Daum, Braunschweig

1. Stellvertretender Vorsitzender: H. Sontag, Berlin
2. Stellvertretender Vorsitzender: H. Havekost, Oldenburg
Schriftführer: Dr. Zyntha, Braunschweig
Kassenwart: Frau Dr. L. Camerer, Braunschweig

Landesverbände des VDB

1. Niedersachsen

Herr Dr. Wolfgang Eisold wurde in der Mitgliederversammlung am 4. 3. 1977 für den Rest der Wahlperiode (1 Jahr) zum Vorsitzenden gewählt.

Das Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vom 6. November 1975 bringt schwere Nachteile für die Beamten des höheren Bibliotheksdienstes (wie auch der anderen Dienste). Die vom Gesetzgeber verschuldete Zeitknappheit bei der Neuregelung der Verteilung von A 13- und A 14-Stellen führte zu einer pauschalen Lösung des Problems, die für eine große Zahl von Beteiligten ungerecht ist. Andererseits ist die im Gesetz vorgesehene Obergrenze von 65% für das erste Beförderungsjahr durch die zum Zeitpunkt der Verabschiedung erfolgten bzw. bis Ende 1976 noch durchgeführten Höherstufungen im Dienstbereich des MWK allgemein und im höheren Bibliotheksdienst (hier zu etwa 60%) bereits ausgeschöpft. Es wird neue A 14-Planstellen nur geben können, wenn bisher mit A 14 bewertete Stellen entweder nach A 15 oder sogar nach A 13 gebracht werden.

Für die Kollegen in den Hochschulbibliotheken ist die Zugehörigkeit zur Gruppe der wiss. Mitarbeiter strittig gewesen. Durch Initiativen des Vorstandes gegenüber Ministerium und Kulturausschuß des Landtags wurde in die novellierte Fassung des Vorschaltgesetzes vom 12. 11. 1973 die Zuordnung der Beamten und Angestellten des höheren Bibliotheksdienstes zu den wiss. Mitarbeitern festgelegt. Im Referentenentwurf des MWK ist diese Festlegung beibehalten worden und wird kaum noch ernstlich angezweifelt.

Der Präsident des Nieders. Landtages hat dem Landesverband am 31. 3. 1977 mitgeteilt, daß die Stellungnahme des Landesverbandes zum FDP-Gesetzentwurf für ein Nieders. Hochschulgesetz im Rahmen der Beratung behandelt wird.

2. Hessen

Der Landesverband im DBB unternahm mit Unterstützung von Landtagsabgeordneten Vorstöße beim Kultus- und beim Finanzminister, um die A 16 für Bibliotheksdirektoren in Hessen zu erreichen. Das Kultusministerium hat ein Diskussionspapier zur Hochschulentwicklung erstellt, das der Landesverband als zu allgemein gehalten bemängelt (z. B. keine Bauplanungen für Gießen und Darmstadt, keine Speicherbibliothek). Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der Bibliotheken sind weder erwähnt noch verwirklicht. Es ist dringend nötig, einen Personalentwicklungsplan aufzustellen, ferner muß ein wiss. Beirat für das Bibliothekswesen des Landes gebildet werden. Weiterhin hat sich der Landesverband mit dem Projekt eines hess. Bibliotheksgesetzes auf Bitten von Mitgliedern des Landtages als sachkundiger Ratgeber beschäftigt. Der Landesverband wird zum „Hebis-Programm“ schriftlich Stellung nehmen; es wird befürchtet, daß Personaleinsparungen die Folge sein könnten. Dies gälte besonders für den höheren Dienst bei Einführung einer überregionalen Sacherschließung. Der Kassenwart erstattete seinen Bericht vor dieser Mitgliederversammlung am 25. 5. 1977 in Marburg; die Mitgliederversammlung erteilt der Geschäftsführung Entlastung.

VdDB: Protokoll der 28. ordentlichen Mitgliederversammlung am 2. 6. in Bremen

Beginn: 9.00 Uhr

Ende: 12.35 Uhr

Anwesend: 174 Mitglieder

Versammlungsleiter: Ingeborg Sobottke (Vorsitzende)

Die Vorsitzende, Ingeborg Sobottke, Bochum, eröffnete die gemäß § 6 der neuen Satzung form- und fristgerecht einberufene Mitgliederversammlung und begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste. Sie gab bekannt, daß das neue Mitgliederverzeichnis an die anwesenden Mitglieder ausgegeben werden soll. Den übrigen Mitgliedern wird es zugeschickt werden.

Die im Rundschreiben 1977/2 mitgeteilte Tagesordnung lautete:

1. Fragen zum Jahresbericht 1976/77
2. Fragen zum Kassenbericht 1976 und Haushaltsvoranschlag 1977
3. Die Arbeit der Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen
4. Die Arbeit der Kommission für Besoldungs- und Tariffragen
5. Satzungsfragen
6. Richtlinien für die zukünftige Vereinsarbeit und -politik
7. Anträge
8. Verschiedenes

Da die Vorsitzende die Versammlung gegen 11 Uhr wegen eines Rundfunkinterviews kurzfristig verlassen mußte (von 10.35 Uhr bis 11.35 Uhr leitete Herr Mursch, München, die Versammlung), schlug sie eine Umstellung der Tagesordnung vor, und zwar sollten die Punkte 5 und 7 bereits nach Punkt 2 behandelt werden. Die Mehrheit der Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu.

Zu 1:

Zum ABD-Kreis teilte die Vorsitzende mit, daß inzwischen ein Programmausschuß gebildet wurde, der erarbeiten soll, auf welchen Gebieten eine gemeinsame Tätigkeit notwendig ist. Zu einer Frage nach der Zugänglichkeit der Arbeit von Klaus Döhmer über den Verein berichtete die Vorsitzende, daß nach Begutachtung durch die Vorstands- und Beiratsmitglieder entschieden werden soll, ob der Verein die Arbeit auf seine Kosten drucken lassen wird.

Zu 2:

Nachdem nur eine Informationsfrage gestellt und beantwortet wurde, berichteten die beiden Kassenprüferinnen, Frau Windrath und Frau Babbel, über die von ihnen durchgeführte Kassenprüfung. Die Beirätin für das Land Bremen, Frau Rottsahl beantragte daraufhin die Entlastung des Vorstandes, die von der Versammlung einstimmig erteilt wurde. Dem Haushaltsvoranschlag 1977 wurde bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Zu 3:

Zur Arbeit der Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen berichtete Frau Nafzger-Glöser, Frankfurt a. M., folgendes: Im Berichtszeitraum 1976/77 hat sich die Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen in Zusammenarbeit mit der Kommission für Ausbildungsfragen des VDB abschließend mit den „Empfehlungen zur Fortbildung im Bereich der wissenschaftlichen Bibliotheken“ beschäftigt. Dabei wurden Anregungen aus der öffentlichen Diskussion auf dem Bibliothekartag sowie schriftliche Änderungsvorschläge berücksichtigt. Nach der Fertigstellung der endgültigen Fassung im September 1976 haben die Vorstände beider Vereine diesen Empfehlungen zugestimmt

und sie Anfang 1977 an die Vereinsmitglieder versandt. Gleichzeitig wurden die Empfehlungen an alle Träger von Fortbildungsmaßnahmen und an alle diejenigen Stellen weitergeleitet, die für die Durchführung und Planung von Fortbildungsveranstaltungen verantwortlich sind.

Im Herbst 1976 mußte Herr Popst (Bayerische Beamtenfachhochschule München, Fachbereich Bibliothekswesen) aus persönlichen Gründen den Vorsitz der Kommission abgegeben. Er schied gleichzeitig auch aus der Kommission aus. Seine Nachfolgerin wurde Frau Nafzger-Glöser (Bibliotheksschule Frankfurt a. M.). Als neues Mitglied wurde Ende 1976 Herr Gottleben (SuUB Hamburg) in die Kommission aufgenommen. Damit umfaßt die Kommission derzeit 4 Mitglieder; eine personelle Verstärkung der Ausbildungskommission bleibt somit eine vorrangige Aufgabe.

Frau Nafzger-Glöser wies darüber hinaus auf in nächster Zeit zu erwartende Veränderungen der Ausbildung und möglicherweise divergierende Entwicklungen hin. Hierzu soll gemeinsam mit der Ausbildungskommission des VDB eine Stellungnahme erarbeitet werden.

Die Mitgliederversammlung unterstrich den von Frau Sobottke ausgesprochenen Dank an Herrn Popst und bestätigte Frau Nafzger-Glöser als Vorsitzende der Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen.

Zu 4:

Herr Mursch, München, berichtete als Vorsitzender der Kommission für Besoldungs- und Tariffragen über die Arbeit am BAT-Entwurf. Das inzwischen fertiggestellte Papier ist dem Vorstand und Beirat zugegangen mit der Bitte an die Beiratsmitglieder, den Entwurf mit betroffenen Angestellten durchzugehen und eventuelle Lücken festzustellen. Der Entwurf beginnt mit BAT VIII, die Gruppen VI b bis IV b betreffen die Assistentenausbildung, die Gruppen IV a bis II die Diplom-Ausbildung (hier wurde mit der Besoldungsentwicklung der beamteten Kollegen gleichgezogen), die Gruppen VIII bis VII betreffen die Mitarbeiter in Bibliotheken ohne Fachausbildung. Die erarbeiteten Protokollnotizen sollen einen Richtbeispielkatalog darstellen. In seinen Grundzügen wurde der Entwurf mit dem BAT-Entwurf des VBB abgestimmt.

Aus der Diskussion der Mitgliederversammlung entwickelte sich der von Herrn Popst formulierte Antrag: „Die Kommission für Besoldungs- und Tariffragen erhält den Auftrag, ihren Entwurf auch auf die BAT-Gruppe I auszudehnen“.

Die Mehrheit stimmte für den Antrag, bei 7 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen.

Herr Mursch bat abschließend die Länderbeiräte um die Einhaltung der Frist zum 31. 8. 1977, um Änderungen im Herbst noch einarbeiten zu können.

Zu 5:

Die Vorsitzende berichtete, daß die Genehmigung der Satzung durch das Registergericht noch nicht beim Vorstand eingegangen ist, in Kürze aber erwartet wird. Die Satzung wurde bereits im neuen Mitgliederverzeichnis abgedruckt, intern kann bereits nach ihr verfahren werden.

Zu diesem Punkt wurden keine Fragen gestellt.

Zu 6:

Aus der Versammlung kamen folgende Vorschläge zur zukünftigen Vereinsarbeit und -politik:

Es sollte eine Stellungnahme zur Reform des öffentlichen Dienstrechts erarbeitet werden, unter besonderer Berücksichti-

gung der Probleme der Dienstpostenbewertung. Es wurde angeregt, daß sich die Besoldungskommission mit diesem Thema beschäftigen sollte; nach einer Diskussion im Vorstand und Beirat könnte dazu auf einem der nächsten Bibliothekartage ein Arbeitskreis eingerichtet werden.

Die von einigen Mitgliedern geforderte größere Aufgeschlossenheit für Nichtmitglieder könnte leichter hergestellt werden, wenn zu den folgenden Bibliothekartagen, die ja von den beiden Personalverbänden finanziert werden, ein erhöhter Tagungsbeitrag von den Nichtmitgliedern erhoben würde.

Zu einer Frage nach erkennbaren Motiven bei Austritten aus dem Verein berichtete die Vorsitzende, daß insbesondere Altersgründe und familiäre Gründe hier eine Rolle spielen.

Zur Frage nach arbeitslosen Mitgliedern konnte sie berichten, daß ihr bisher nur ein Fall bekannt ist und es immer noch offene Stellen gibt. Sie wies noch einmal auf die Möglichkeit hin, kostenlos im Rundschreiben zu inserieren. Die Anregung, mehr Ausbildungsplätze anzubieten, berührt die Kapazitätsgrenzen der Ausbildungsinstitute.

Zu 7:

Zur Mitgliederversammlung ging ein Antrag termingerecht und ein weiterer nicht termingerecht ein.

a) Antrag von Frau Hauke Ullrich, Siegen:

„Mitglieder, die bis zum 28. 2. ihren Mitgliedsbeitrag des Vorjahrs nicht bezahlt haben, erhalten bis zur Bezahlung keine Vereinskommunikationen mehr (also auch keine Einladung zum folgenden Bibliothekartag). Alle Vereinsmitglieder werden über diese Maßnahme informiert. Alle Mahnungen entfallen.“

Nach Auskunft der Vorsitzenden haben ab 1973 7 Mitglieder noch keinen Beitrag gezahlt, ab 1974 weitere 6, ab 1975 17 und seit 1976 weitere 81 Mitglieder. Frau Sobottke berichtete vom Beschluß des Vorstands und Beirats, eine Liste derjenigen Mitglieder, die bis einschließlich 1975 nicht bezahlt haben, an die Beiräte zu versenden und nach vergeblicher Mahnung diese Mitglieder aus der Mitgliederliste zu streichen. Nach einer Diskussion des Antrags, die auch auf den Aufwand für den Postversand und die Bestimmungen der neuen Satzung für den Ausschluß von Mitgliedern einging, zog Frau Ullrich ihren Antrag zurück.

b) Folgender Antrag ist nicht termingerecht eingegangen (Antragsteller: Frau Annedore Kopp, Bremen):

„Die Neufassung der §§ 88a und 130a muß bei allen Bibliothekaren der BRD heftige Beunruhigung auslösen; denn sie öffnet der Zensur in Bibliotheken und durch die Bibliothekare Tür und Tor. Sie ist zugleich Mittel der politischen Disziplinierung des gesamten Berufsstandes.“

Die Anwendung der §§ 88a und 130a bedeutet, daß jeder Bibliothekar in Ausübung seines Berufes straffällig werden kann. Durch das Verbot von Literatur, die nicht in die jeweils herrschende politische Ideologie paßt, unterliegt die Arbeit von Bibliothekaren der politischen Zensur. In seiner Beschaffungspolitik und in der Ausleihe muß der Bibliothekar gleichzeitig Zensur gegenüber den Benutzern ausüben.

Diese Paragraphen sollen unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung die offene demokratische Auseinandersetzung mit oppositionellen Meinungen verhindern. Sie stellen damit einen schweren Angriff auf die politische Meinungsfreiheit dar. Jeder Bibliothekar sollte sich daher aufgerufen fühlen, dieser gefährlichen politischen Entwicklung in der Bundesrepublik entschieden entgegenzutreten.“

Die Vorsitzende schlug dazu vor festzustellen, wo bereits Bibliothekare strafrechtlich verfolgt wurden, und von der Rechtskommission des VDB prüfen zu lassen, ob Gerichtsentscheidungen dazu vorliegen. Falls dies zutrefte, schiene ihr eine wesentlich härtere Resolution angebracht.

In der Diskussion wurde betont, daß der Verein auf jeden Fall zu diesem Problem eine Stellungnahme abgeben sollte. Herr Lüders, Kiel, stellte den Antrag, eine ad-hoc-Kommission einzusetzen, die den Vorschlag zu einer Stellungnahme erarbeiten soll. Dieser Vorschlag soll dann den Mitgliedern im Rundschreiben unterbreitet werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zu 8:

Zum Punkt Verschiedenes teilte die Vorsitzende mit, daß bei der Verweigerung von Dienstbefreiung zur Teilnahme am Bibliothekartag der Verein keine Rechtshandhabe besäße. Die betroffenen Mitglieder sollten sich in den entsprechenden Personalvertretungsgesetzen und Betriebsverfassungsgesetzen über die Möglichkeiten des Einschaltens der Personal- bzw. Betriebsräte informieren, da in den meisten Bundesländern die Teil-

nahme an Fortbildungsveranstaltungen unter das Mitbestimmungsrecht der Personalräte fällt. Es wurde empfohlen, eine Kopie des Antrags auf Dienstbefreiung an den Personal- bzw. Betriebsrat zu leiten und sich bei einer Ablehnung an diesen zu wenden. Die Vorsitzende bat, sie über solche Fälle auch weiterhin auf dem laufenden zu halten.

Aus dem Mitgliederkreis wurde allen denjenigen, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen, empfohlen, sich rechtzeitig um ihre Rentenunterlagen und die Anerkennung der Praktikantenzeit als Ausfallzeit zu kümmern.

Weiterhin wurde angeregt zu überlegen, den Verein auch für Bibliotheksassistenten zu öffnen.

Nach einem Appell an die Versammlung, möglichst viele Anregungen für die Gestaltung der Arbeitskreise auf dem Bibliothekskongreß 1978 in Stuttgart zu geben und dem Dank an das Ortskomitee für den großen Einsatz, insbesondere von Frau Rottsahl, aber auch von pensionierten Kolleginnen, wurde die Versammlung beendet.

Ingeborg Sobottke
Vorsitzende

Mechthild Goth
Schriftführerin

Zuordnung von Ämtern des höheren Bibliotheksdienstes zu den Besoldungsgruppen A 13-A 16 (Entwurf der Besoldungskommission des VDB vom 27. 4. 77)

A 13

Fachreferent an einer wissenschaftlichen Bibliothek. –
Leitung einer kleineren Abteilung der Bibliothek. –
Vorbereitung der Koordination von Aufgaben des höheren Bibliotheksdienstes. –

A 14

Fachreferent in einem Sondersammelgebiet. –
Fachreferent für eine Spezialsammlung. –
Fachreferent in einem Aufgabenbereich mit besonders schwer beschaffbarer Literatur. –
Fachreferent, der laufend mit der Anfertigung von Bibliographien oder Dokumentationsdiensten betraut ist. –
Fachreferent mit der Aufgabe der Betreuung eines Fachbereichs (einer Fakultät, eines Instituts) einer wissenschaftlichen Hochschule hinsichtlich Bestandsaufbau, Literaturlauswahl und Informationswesen, in einem Fachgebiet. –
Teilnahme an der akademischen Lehre in bezug auf das Fachreferat. –
Leiter einer größeren bzw. mehrerer kleinerer Abteilungen. –
Durchführung der Koordination von Aufgaben des höheren Bibliotheksdienstes. –
Ständige Betrauung mit Spezialaufgaben (Planung, ADV, Systemanalyse, Organisation), sofern nicht nach A 15. –
Leiter von Spezialsammlungen oder Spezialbibliotheken, sofern nicht nach A 15 oder A 16. –
Leiter der Ausbildung des höheren Dienstes, sofern nicht nach A 15. –
Dozenten an einer bibliothekarischen Ausbildungsstätte, sofern nicht nach A 15 oder H-Besoldung. –
Referent an einer zentralen bibliothekarischen Dienstleistungseinrichtung (z. B. ABT, HBZ), sofern nicht nach A 15. –

A 15

Fachreferat verbunden mit der Leitung einer größeren Fachbereichs- oder Fakultätsbibliothek. –
Fachreferent als Leiter einer Fachabteilung. –
Fachreferent mit der Verantwortung für ein besonders großes Sondersammelgebiet oder für eine besonders große Spezialsammlung. –
Leiter einer großen Abteilung. –
Leiter einer größeren Spezial-, Instituts- oder Fachbereichsbibliothek. –
Ständige Betrauung mit Spezialaufgaben (Planung, ADV, Systemanalyse, Organisation), sofern nicht nach A 14. –
Leiter des Bibliothekswesens einer Fachhochschule oder einer Pädagogischen Hochschule. –
Leiter eines regionalen Zentralkatalogs, sofern nicht in A 16. –
Dozent an einer bibliothekarischen Ausbildungsstätte, sofern nicht nach A 14 oder H-Besoldung. –
Leiter einer Fachabteilung an einer bibliothekarischen Ausbildungsstätte, sofern nicht nach A 16 oder H-Besoldung. –
Referent an einer zentralen bibliothekarischen Dienstleistungseinrichtung (z. B. ABT, HBZ), sofern nicht nach A 14. –
Dezernent an einer zentralen bibliothekarischen Dienstleistungseinrichtung (z. B. ABT, HBZ), sofern nicht nach A 16. –

A 16

Leiter einer Hauptabteilung an großen Bibliotheken. –
Leiter der Bibliothek einer wissenschaftlichen Hochschule, des Bibliothekswesens einer Gesamthochschule oder einer wissenschaftlichen Regionalbibliothek, sofern nicht B-Besoldung. –
Leiter einer Spezialbibliothek von besonderer Bedeutung, sofern nicht B-Besoldung. –
Leiter eines regionalen Zentralkatalogs, sofern nicht nach A 15. Leiter einer Fachabteilung an einer bibliothekarischen Ausbildungsstätte, sofern nicht nach A 15 oder H-Besoldung. –

Dezernent an einer zentralen bibliothekarischen Dienstleistungseinrichtung, sofern nicht nach A 15. —

Anmerkungen: Dienstposten der B-Besoldung sind nicht behandelt worden, da die Einordnung an den Einzelfall gebunden ist. —

Änderungen im Aufgabengefüge durch organisatorische Neuerungen oder Programme (z. B. HD-Programm der Bundesregierung) sind nicht berücksichtigt, weil ihre Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Aus ähnlichem Grund ist die Zuordnung der Ämter an zentralen Dienstleistungseinrichtungen unter Vorbehalt vorgenommen worden.

Keine Rückzahlungspflicht für Ausbildungskosten

Aus einer Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts (Neue Juristische Wochenschrift 1977, H. 21, S. IV. — Vergl. hierzu auch: Rundschreiben 1977/1.)

Das BVerwG hat entschieden, daß der Dienstherr von einem vorzeitig aus dem Dienst ausscheidenden Beamten nicht die während des Vorbereitungsdienstes im Beamtenverhältnis auf Widerruf entstandenen allgemeinen Ausbildungskosten zurückfordern kann. Rückzahlungsvereinbarungen dieser Art seien unwirksam.

Der Kl., ein Beamter des gehobenen Dienstes, hatte sich vor seiner Einstellung in den Vorbereitungsdienst des Bundes schriftlich verpflichten müssen, bei einem Ausscheiden nach Beendigung der Ausbildung und ohne Zustimmung des Dienstherrn pauschalierte „allgemeine Ausbildungskosten“ zurückzahlen. Die Rückzahlungsverpflichtung war für ein Ausscheiden vor Ablauf eines Jahres auf 100 v. H. festgesetzt und ermäßigte sich um je 20 v. H. für jedes weitere halbe Dienstjahr. Nach Ablauf von drei Jahren sollte sie entfallen. In einem beigefügten Vermerk wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Einstellung die Abgabe der Verpflichtungserklärung voraussetze. Nachdem der Kl. etwa ein halbes Jahr nach Beendigung seiner Ausbildung auf eigenen Wunsch und ohne Zustimmung seines Dienstherrn in den Dienst der Kommunalverwaltung übergetreten war, forderte der frühere Dienstherr Rückzahlung der allgemeinen Ausbildungskosten in voller Höhe. Die dagegen gerichtete Klage hatte in allen drei Verwaltungsgerichtsinstanzen Erfolg.

Zur Begründung seiner Entscheidung führte das BVerwG unter

anderem aus: Bei dem im Beamtenverhältnis auf Widerruf abzuleistenden Vorbereitungsdienst handele es sich um die beamten- und laufbahnrechtlich abschließend geregelte Anbahnung eines Beamtenverhältnisses, bei der der Dienstherr einen vorläufigen Beamtenstatus zur Verfügung zu stellen und die finanziellen Voraussetzungen für die Ausbildung der Anwärter zu schaffen habe, während diese selbst verpflichtet seien, durch Teilnahme an der Ausbildung nach Möglichkeit die Laufbahnbefähigung zu erlangen. Die Erreichung dieses vom Gesetzgeber angestrebten Zieles würde dem Anwärter in rechtlich nicht mehr vertretbarer Weise erschwert oder sogar unmöglich gemacht, wenn ihm vor Übernahme in den Vorbereitungsdienst eine Verpflichtung zur Rückzahlung von allgemeinen Ausbildungskosten bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst abverlangt würde. Die Forderung nach Abgabe einer derartigen Verpflichtungserklärung würde den Eintritt in den Vorbereitungsdienst von einer gesetzlich nicht vorgesehenen Bedingung abhängig machen. Dies sei unstatthaft. Auch eine vertragliche Vereinbarung dieses Inhalts könnte mangels gesetzlicher Ermächtigung nicht getroffen werden.

An diesem Ergebnis ändere sich nichts durch den Umstand, daß die Ernennung zum Beamten auf Widerruf im Ermessen des Dienstherrn stehe. Dieses Ermessen finde dort seine Grenzen, wo es benutzt werde, um zwingende gesetzliche Vorschriften zu umgehen. Die Ablehnung der Übernahme in den Vorbereitungsdienst allein wegen Verweigerung einer Rückzahlungsverpflichtung hinsichtlich allgemeiner Ausbildungskosten aber wäre ermessensfehlerhaft und daher rechtswidrig (Urt. v. 23. 3. 1977 — VI C 8/74).

Deutsche Bibliothekare zu Gast in Großbritannien

In der Zeit vom 28. 3. — 10. 4. 1976 besuchten im Rahmen des britisch-deutschen Jugendaustausches zwölf deutsche Bibliothekare des VDB, VBB und VdDB Englands zweitgrößte Stadt Birmingham.

Dieser Besuch ging zurück auf eine Gegeneinladung (1974 war eine englische Studiengruppe in Stuttgart zu Gast) des British Council in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kollegen der Birmingham Public Libraries, der University of Birmingham Library, der Aston University Library, der Birmingham Library School und der Birmingham Polytechnic Library. Die Organisation von deutscher Seite übernahm die Bibliothekarische Auslandsstelle.

Es war nach kurzer Zeit klar, daß die englischen Gastgeber mit Absicht gerade nach Birmingham — und nicht nach London, was man eher hätte erwarten können — eingeladen hatten:

Birmingham ist nicht nur eine interessante, vielseitige Stadt, sondern vereinigt gleichzeitig alle Bibliothekstypen auf relativ kleinem Raum.

In den ersten Tagen wurde der jeweils für den Einzelnen interessante Bibliothekstyp (Public Library, University of Birmingham Library, Aston University Library) ausführlich vorgestellt. Es fanden sich, entsprechend den Arbeitsgebieten in Deutschland, jeweils vier Interessenten.

Die einzelnen Bibliotheken hatten sich sehr gründlich auf das Kommen der deutschen Gäste vorbereitet: So blieb es auch nicht nur bei den üblichen Führungen durch einzelne Abteilungen und dem Vorstellen von Verwaltungsarbeiten und technischen Abläufen, sondern man informierte, diskutierte und fragte vielmehr über den allgemeinen Rahmen hinaus. Es entwickelte sich ein lebhafter, fachbezogener Gedankenaustausch.

Ein Besuch der Bibliotheksschule informierte über die verschiedenen Bibliotheksausbildungsgänge in England. Auch hier wurde über ausschließlich theoretisches Vermitteln hinaus die Teilnahme an Unterrichtsstunden und ein Besuch in der Druckerei der Schule geboten.

Im Rahmen einer Tagesfahrt nach Boston Spa wurde die British Lending Division vorgestellt: ein komplexer Verwaltungsapparat fernab von Menschen, die Bibliotheken benutzen. Man hat nicht das Gefühl, eine Ausleihbibliothek zu besichtigen, sondern fühlt sich eher in eine Fabrik versetzt. Hier zählt Leistungsnorm und positive Statistik: Von fast drei Millionen Anfragen pro Jahr werden rund 90% positiv bearbeitet. Es wurden keinerlei Gedanken an Bibliothekslandschaften oder soziale Arbeitsplätze verwandt; das Haus ist laut und ungemütlich, die Arbeit eintönig und fremd für das deutsche Bibliotheksverständnis. Das kulturelle Beiprogramm führte die deutschen Gäste

einmal in die School of Music, wo eine liebevoll inszenierte Aufführung des Barbier von Sevilla zu sehen war, und zum anderen ins Stadttheater von Birmingham, wo ‚A man for all seasons‘ aufgeführt wurde.

Einige Fahrten in die Umgebung von Birmingham boten den Besuchern die Möglichkeit, die typisch englische Landschaft kennenzulernen. U. a. wurden Besichtigungen der Kathedralenstadt Coventry, der Burgenanlagen Warwick und Kenilworth sowie der Heimatstadt Shakespeares, Stratford-upon-Avon, organisiert, die unter sachkundiger Führung stattfanden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Besucher nicht nur außerordentlich gastfreundschaftlich aufgenommen wurden, sondern darüber hinaus Gelegenheit hatten, den vierzehntägigen Studienaufenthalt in jeder Hinsicht voll zu nutzen und zahlreiche Eindrücke und Anregungen für die eigene Arbeit mit nach Deutschland zu nehmen. Petra Gebeschus, Berlin

Verschiedenes

Fortbildungsveranstaltung

Pittsburgh Conference „The On-Line Revolution in Libraries“. The Graduate School of Library and Information Sciences, University of Pittsburgh, announces its 1977 Pittsburgh Conference, „The On-Line Revolution in Libraries.“ The conference will be held November 14-16, 1977.

The present and probable future impact of resource sharing networks on libraries and library users was highlighted during the 1976 Pittsburgh Conference. The purpose of the 1977 Conference is to examine the impact of on-line information services and to preview some of the changes in the library world in the near future.

Anmeldung bitte an

Allen Kent, Distinguished Service Professor
Graduate School of Library and Information Sciences
801 L. I. S. Building
University of Pittsburgh
Pittsburgh, Pennsylvania 15260

Projekt: Bibliographien des Center for Business Information, Paris

The Center for Business Information in Paris, France, is interested in contacting specialists, librarians and information research staff in the general field of business and economics in connection with the preparation of a series of annotated European bibliographies on Marketing, Statistics, Finance, Banking, Energy, Insurance, Personnel, Patents, etc. An expense-paid exchange program is visualized; interested persons should contact: Lisa Woollomes, CBI, 7 rue Buffon, 75005 Paris, France.

Personalmeldungen

Veränderungen im VdDB

Bayer, Elke B.	jetzt Lisboa, Deutsches Institut
Cronjäger, Ulrike	jetzt Busch, Ulrike
Curschmann-Horter, Irmtraud	jetzt Mann, Irmtraud
Denk, Barbara	jetzt Günzel, Barbara
Fischer, Birgit	jetzt Braunschweig, Staatl. Hochschule f. Bildende Künste
Franckowiak, Anette	jetzt Hannover, Nieders. LB
Hollstein, Heike	jetzt Wierzba, Heike
Kirschstein-Gamber, Birgit	früher Ulm, StB, jetzt Neuhausen, n. D.
Klebba, Susanne	jetzt Hannover, Inst. f. regionale Bildungsplanung
Kroll, Gunhild	jetzt Hancke, Gunhild

Küderling, Gisela

früher Köln, British Council Central Library and Reference Service, jetzt Bergisch-Gladbach, KrBü Rhein-Berg

Lachmann, Ramona

jetzt Hannover, PH

Müller, Inge

jetzt Müller-Rohlfen, Inge

Nutz, Ingrid

jetzt Wolfenbüttel, HAB

Pindter, Barbara

früher Hannover, Nieders. Landtag, jetzt Koblenz, Schule der Bundeswehr f. Innere Führung/B

Pörzgen, Rainer

jetzt Lüneburg, PH Niedersachsen/B

Reessing, Marianne

früher Düsseldorf, UB,
jetzt Duisburg, GHS/B

Reuter, Michael

jetzt Göttingen, NdsSuUB

Dipl.-Math. Renate Vogt

Ingrid Wagner

Dipl.-Ing. Walter Womatschka

Dr. Arnold J. Jacobius, Library of Congress Office, Wiesbaden
(außerordentliches Mitglied)

Kollegenpublikationen (VdDB)

Kirschstein-Gamber, Birgit: Dokumentation Hans Gassebner.
In: Hans Gassebner. Ulm 1977.

Kühne, Ilse-Marie: Literatur zum Stauferjahr. — Stuttgart, 1977.
6 Bl.

Nida-Rümelin, Margret, u. Elske Neidhardt: Katalog der Druck-
schriften bis 1750: Libri rari / Bibliothek des Deutschen Mu-
seums. — München, 1977. — (Series catalogorum bibliote-
carum bavariae scientificarum; 4)

Oberkofler, Elmar: Henriette von Schrott-Pelzel: einer Tiroler
Dichterin zum 100. Geburtstag. — In: Südtirol in Wort und
Bild. Jg. 21, 1977, H. 2, S. 38–39.

Johann A. Heyl zum Gedenken. — In: Dolomiten. Jg. 54, 1977,
Nr. 108, S. 3; Volksboote. Jg. 57, 1977, Nr. 20, S. 6.

Neumair, ein großer Sohn Brunecks. — In: Dolomiten, Jg.
54, 1977, Nr. 72, S. 6.

Salewski, Albrecht: Hegau-Bibliographie 1972 (mit Nachträgen
ab 1968). — In: Hegau. 32/33, 1975/76, S. 185–227.

Samulski, Peter: Die „blauen Augen“ der UB: die Fensteran-
lage in der Universitätsbibliothek Münster. — In: Bibliotheks-
nachrichten / Universitätsbibliothek Münster. Nr. 195, 1977,
S. 3–8.

Wiegand, Otto Friedrich: Hochschulreform, Hochschulgesetzge-
bung, Studienreform in der Bundesrepublik Deutschland:
eine Literaturübersicht. — Kiel, 1977. — VI, 183 S.

Literatur zur alphabetischen Katalogisierung

Jung, Rudolf: Die Einordnung von Gesetzen, Gesetzessamm-
lungen, -kommentaren, Verfassungen und Staatsverträgen
in den alphabetischen Katalog nach den RAK. — In: Mittei-
lungen der Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks-
und Dokumentationswesen. Jg. 6, 1976, Nr. 3, S. 118–130.

Die Reform der alphabetischen Katalogisierung in Deutsch-
land 1908–1976: eine annotierte Auswahlbibliographie. —

Köln: Greven, 1976. — VIII, 53 S. — (Bibliographische Hefte; 7)

Austausch

Bibliothekar aus Sri Lanka, Orientalist, z. Z. Senior Assistent
Librarian an der Universität von Sri Lanka, sucht Arbeitsmög-
lichkeit in einer Bibliothek mit indologischem Bestand für ein
Jahr (ab Mitte 1978).

Anschrift: S. Murugarverl

The Library
University of Sri Lanka
Peradeniya Campus
Peradeniya, Sri Lanka

Stellenangebote

Berlin

Freie Universität Berlin, Fachbereichsbibliothek Abt. I des
Fachbereichs Rechtswissenschaft

1 Bibliotheksoberspektor/in (Bes. Gr. A 10)

Bewerbungen an: Fachbereichsbibliothek Abt. I des
Fachbereichs 09, Van't-Hoff-Straße 8,
1000 Berlin 33.

Braunschweig

Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung

1 Dipl.-Bibliothekarin (BAT Vb/IVb)

Bewerbungen an: Georg-Eckert-Institut für Internatio-
nale Schulbuchforschung — Der ge-
schäftsführende Direktor —
Rebenring 53, 3300 Braunschweig

Nürnberg

Landeskirchliches Archiv

1 Dipl.-Bibliothekar(in) (BAT Vb/IVb)

Bewerbungen an: Landeskirchliches Archiv
Veilhofstraße 28, 8500 Nürnberg

Worms

Wissenschaftliche Stadtbibliothek

1 Diplom-Bibliothekar(in)

Bewerbungen an: Stadtverwaltung — Personalamt
Postfach 440, 6520 Worms

Saarbrücken

Statistisches Amt des Saarlandes

1 Diplom-Bibliothekar(in) A 9/10 (Aufstiegsmöglichkei-
ten nach A 11) bzw. BAT Vb

Bewerbungen an: Statistisches Amt des Saarlandes,
Postfach 409, 6600 Saarbrücken

Redaktion: Uta Jarick (VdDB) und Dr. Raimund-Ekkehard Walter (VDB), beide in: Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz
Postfach 14 07, 1000 Berlin 30

Redaktionsschluß für Rundschreiben 1977/3: 5. 7. 77 — Redaktionsschluß für Rundschreiben 1977/4: 20. 10. 77

26. Aug. 1977 .